

## Bologna-Prozess gemeinsam mit den Studierenden weiterentwickeln

Vor zehn Jahren unterzeichneten 29 Staaten in Bologna die Erklärung zur Schaffung eines **gemeinsamen Europäischen Hochschulraums bis zum Jahre 2010**. Ziel dieses **Bologna-Prozesses** war es, ein **Höchstmaß an Transparenz und Vergleichbarkeit der Studienstrukturen** zu schaffen, um den **internationalen Austausch von Lehrenden und Studierenden zu verbessern** und die länderübergreifende Kooperation in Forschung und Lehre auszubauen.

Die aktuellen Proteste der Studierenden zeigen, dass der **Erfolg** des Bologna-Prozesses bislang **deutlich hinter den Erwartungen zurückgeblieben** ist. Deshalb hat die CSU-Fraktion in einem **Dringlichkeitsantrag** unter der Maßgabe „Qualität vor Zeit“ weitreichende Verbesserungen gefordert. So ist es uns ein wichtiges Anliegen, dass der **Lehrstoff in jedem einzelnen Studiengang grundlegend überarbeitet** und erneuert wird. Außerdem brauchen wir **für die Dauer des neuen Bachelorstudiums mehr Flexibilität**. Je nach Fach soll hier

auch eine Regelstudienzeit von sieben oder acht Semestern vorgesehen werden können.

Um Auslandsaufenthalte während eines Bachelorstudiums oder den Studienortwechsel innerhalb Deutschlands zu erleichtern, sehen wir die Hochschulen in der Pflicht, die **Anrechnung von fremden Studien- und Prüfungsleistungen zu verbessern**. Desweiteren haben wir uns dafür ausgesprochen, die **Zahl der Prüfungsleistungen zu vermindern**, ohne dass wir dadurch die grundsätzliche Abschaffung von Studienabschlussprüfungen zugunsten des Modells studienbegleitender Prüfungen in Frage stellen wollen.

Schließlich kommt es uns darauf an, dass der **Übergang vom Bachelor zum Masterstudium allein von der Eignung des Studierenden und nicht von einer bestimmten Übertrittsquote abhängig** ist und die **Beratung und Betreuung der Studierenden intensiviert** wird.

## Voraussetzungen für die Wiedereinführung des Buß- und Bettags als gesetzlicher Feiertag schaffen

In einem **Dringlichkeitsantrag** hat sich die CSU-Fraktion dafür ausgesprochen, den **Buß- und Bettag als gesetzlichen Feiertag wieder einzuführen**. Wir wollen aber **verhindern**, dass damit **automatisch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern**

**der volle Beitragssatz zur Pflegeversicherung abgezogen wird (bislang nur der halbe)**. Deshalb haben wir gefordert, **zunächst die dafür notwendigen Änderungen im Bundesrecht zügig vorzunehmen**.

## Arbeitnehmerdatenschutz durch klare Regelungen stärken

Auf Bundesebene soll demnächst der **Arbeitnehmerdatenschutz** neu geregelt werden. In diesem Zusammenhang haben wir in einem **Dringlichkeitsantrag** betont, welche **Eckpunkte** wir dafür für notwendig halten. So legen wir etwa Wert auf eine **Definition der Fragen, die in einem Bewerbungsgespräch unzulässig sind**. Außerdem wollen wir **eindeutige Regelungen, unter welchen Vorausset-**

**zungen Überwachungstechnologien am Arbeitsplatz zulässig sind**. Desweiteren haben wir verlangt, die **Datenverarbeitung auf das für das Arbeitsverhältnis Erforderliche zu beschränken**. Hierzu gehört u. a., dass sich Gesundheitsuntersuchungen nur auf dienstrelevante Sachverhalte beziehen dürfen und **Genests grundsätzlich verboten** sind.

## Wettbewerbsfähigkeit von Biokraftstoffen wiederherstellen

In einem **Dringlichkeitsantrag** hat sich die CSU-Fraktion dafür eingesetzt, die **Marktchancen von Biokraftstoffen** – sowohl im Rahmen der Beimischung als auch beim Einsatz als Reinkraftstoff – zu **verbessern**.

Hierfür halten wir es für erforderlich, die **Energiesteuer für Biodiesel und**

**Rapsölkraftstoff auf das EU-rechtliche Mindestniveau herabzusetzen**. Außerdem soll der Freistaat bei der **Beschaffung von Dienstfahrzeugen** unter Beachtung der Wirtschaftlichkeit auch biokraftstofftaugliche bzw. erdgasbetriebene Fahrzeuge vorsehen.

## Weitere Maßnahmen und Initiativen

### **Lärmschutz beim Schienen- und Straßenverkehr verbessern**

Für die CSU-Fraktion ist es ein wichtiges Ziel, die **Lebensqualität durch effektiven Lärmschutz zu steigern**. In insgesamt fünf Anträgen haben wir verschiedene Vorschläge unterbreitet, wie der Lärm auf Schiene und Straße reduziert werden kann.

So haben wir die Staatsregierung in einem Antrag aufgefordert, für künftige Straßenbaumaßnahmen den **Einsatz von Lärm mindernden Fahrbahnbelägen verstärkt zu prüfen**. Soweit Bundesstraßen und Autobahnen betroffen sind, soll sich die Staatsregierung bei der Bundesregierung für dieses Ziel einsetzen. Beim Staatsstraßenbau und -unterhalt wollen wir, dass der Einsatz von Lärm mindernden Fahrbahndecken in lärmkritischen Streckenabschnitten zwingend geprüft wird. Schließlich haben wir von der Bundesregierung verlangt, die Forschung und Entwicklung einschließlich der Verbesserung moderner Lärm mindernder Fahrbahndecken zu verstärken und deren Einsatz in Pilotprojekten zu fördern.

Ziel des zweiten Antrags ist es, dass nach dem Auslaufen der Förderung von **Lärmsanierungsmaßnahmen an Straßen in der Baulast der Kommunen** im Rahmen des zweiten Konjunkturprogramms der Bundesregierung eine **Weiterführung der Förderung als Sonderfinanzhilfe des Bundes**

aufgelegt wird. Dabei haben wir klar gestellt, dass die Finanzierung des Programms auf Bundes- und Landesebene nicht zu Lasten anderer Verkehrsträger gehen und die Zweckbindung der Lkw-Maut für Verkehrswege des Bundes nicht angetastet werden darf.

Die **Bahnlärmkartierung** hat gezeigt, dass gerade **auch Ballungsgebiete mäßig bis stark durch Lärm belastet** sind. Wir halten es deshalb für sachgerecht, dass diesem Umstand **bei der laufenden Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplanes, Teil Schiene, Rechnung getragen** wird. Dies haben wir in einem dritten Antrag zum Ausdruck gebracht.

Der vierte Antrag zielt darauf ab, **Trassenentgelte im Schienengüterverkehr immissionsabhängig zu gestalten**. Dies soll spätestens zu dem Zeitpunkt, an dem die so genannte LL-Bremssohle serienreif ist, realisiert werden.

Auf der Grundlage von Studien, die eine geringere Lästigkeit des Schienenverkehrslärms gegenüber Straßenverkehrslärm aufgezeigt haben, besteht nach derzeit geltendem Bundes-Immissionsschutzrecht ein so genannter **Schienenbonus**. Allerdings werden die Auswirkungen des Schienenverkehrslärms auf die Gesundheit derzeit auf Bundesebene neu bewertet. In einem fünften Antrag haben wir deshalb gefordert, diese Untersuchungen zeit-

nah abzuschließen und dann auf dieser Grundlage über den Schienenbonus neu zu entscheiden.

### **Weltkulturerbe in Bayern und Deutschland schützen**

Die **Weltkulturerbekonvention gehört zu den bedeutendsten Dokumenten des internationalen Kulturgüterschutzes**. Die Bundesrepublik Deutschland ist dieser Konvention durch die Hinterlegung der Ratifikationsurkunde im Jahre 1976 wirksam beigetreten.

Die **innerstaatliche Bindungswirkung** in der Bundesrepublik **durch ein Vertragsgesetz wurde allerdings nie wirksam hergestellt**. In einem Antrag hat die CSU-Fraktion deshalb einen Bericht gefordert, weshalb dies bis heute nicht erfolgt ist.

### **Ansprechpartner für Fragen der Schulverpflegung an staatlichen Schulen benennen**

In einem Antrag haben wir die Staatsregierung aufgefordert, **allen staatlichen Schulen zu empfehlen, eine Lehrkraft als Ansprechpartner für Fragen der Schulverpflegung zu benennen**.

### **Psychiatrische Versorgung im Freistaat Bayern**

Die ambulante, teilstationäre und stationäre psychiatrische Versorgung im Freistaat Bayern ist Gegenstand eines weiteren Antrags. Hierzu soll demnächst eine Anhörung im Landtag stattfinden.